

Schlesische Arbeiterzeitung

Organ der Kommunistischen Partei Deutschlands, Bezirk Schlesien (Sektion der Kommunistischen Internationale)
Mit der illust. Monatsbeilage „Eichel und Hammer“ und den wöchentlich bzw. 14 täg. erscheinenden Beilagen „Zribüne“, „Die rote Eichel“, „Der Jungprolet“, „Die Genoffin“

Anzeigenpreis: Die vierspaltige Millimeterzeile ob. deren Raum 10 Goldspennig, Stellen- und Wohnungsangebote, Familiennachrichten, Verrentungsangelegen 4 Goldspennige. — Restliche: Die Millimeterzeile 4spaltig ober deren Raum im Tag 30 Goldspennige.

Mittwoch, 19. März 1924

Bezugspreis: Bei wöchentlich 8 maligem Erscheinen monatlich 2.— Gm. wöchentlich 30 Pf. Einzel. durch Straßenhändler u. Kioske 10 Pf. Redaktion: und Expedition Breslau, Teichbühlcher Straße 60. — Postfachkonto Breslau Nr. 310 50. — Fernsprecher: Breslau, Ring 8887.

Ein Manifest der kämpfenden Anilinarbeiter.

(Sig. Drahtm.) Mannheim, 18. März.

Eine von 5000 Arbeitern im „Mibelungen-Saal“ besuchte Versammlung der Ausgesperrten nahm eine Resolution an, deren Hauptinhalt ist: Kampf um den Achtstundentag und die alten Rechte der Arbeiterschaft wird geschlossen mit verstärkter Kraft weiter geführt. Der Kampfleitung des Industrieverbandes der Chemie wird das vollste Vertrauen ausgesprochen, die Gewerkschaftsvertreter und die bisherigen Betriebsvertrauensleute haben nicht das Vertrauen der Arbeiter. Die Arbeiter sprechen der F.F. und den Kollegen, die ihren Kampf unterstützen, ihren Dank aus. Die Regierung wird aufgefordert, Lebensmittel zur Verfügung zu stellen und die Direktion der Anilinwerke zu zwingen, den rückständigen Lohn auszugahlen.

Außerdem wurde folgendes Manifest angenommen:

Wir klagen an!

Über 20000 Arbeiter der chemischen Fabriken in Ludwigshafen und Mannheim sind ausgesperrt, weil sie den Achtstundentag und die alten Rechte halten wollen. Die Anilindirektion hat unter unserer friedlichen Arbeiterschaft ein entsetzliches Blutbad anrichten lassen. Das Blut der Gefallenen und Verwundeten schreit nach Vergeltung. Wir klagen an die Direktion der Badischen Anilin- und

Sodaabrik der Anstiftung zum Mord, die Polizei und ihre Befehlshaber klagen wir an des vollbrachten Mordes. Wir klagen die Öffentlichkeit und die Presse an, daß sie zu diesen ungeheuerlichen Sünden schweigt und dadurch diesen Mord und die Mörder beden.

Wir klagen an die Sozialdemokratie und die Gewerkschaftsführer, durch ihren Verrat an der Arbeiterschaft Heber und Mitschuldige geworden zu sein an dem Mord an der Arbeiterschaft. Das Proletariat Deutschlands und aller Länder muß unsere Klage hören und helfen und aus dem Geschehen lernen. Wir müssen uns rüsten, ehe es zu spät ist.

Wir müssen zum Angriff übergehen, ehe man uns niederschlägt.

Proletarier, Klassen Genossen! Ihr müßt uns helfen, damit wir leben können. Unsere Klagen gegen die bürgerliche Gesellschaft müßt ihr aufnehmen, die Waffen wahrnehmen, die Kräfte der gesamten Arbeiterschaft zusammenpressen und sie zum Kampf und zum Siege führen.

Schutzollphantasten.

Von Iffer.

Die deutsche Presse beschäftigt sich mit der Notlage der Landwirtschaft. Die bürgerlichen Parteien suchen zugräftige Wahlparolen, um die Bauern in ihr Geleis zu schieben. Dabei ruft der „demokratische“ Deutsche Bauernbund, genau so wie der Reichslandbund und wie die deutschösterreichischen Organisationen, nach Schutzoll, als der einzigen Rettung für die Bauern.

Die Agrarkrise von heute wird verglichen mit jener zur Zeit Caprivis. Die heutige landwirtschaftliche Krise hat jedoch mit der vor etwa 30 Jahren keine gleiche Grundlage. Zwar gibt es auch heute zwischen dem Preisstand der industriellen Produkte und der landwirtschaftlichen Produkte eine große Spanne, die es dem Landwirt verwehrt, seine Betriebsführung intensiv fortzusetzen, ohne in Schulden zu geraten. Damals hatte ans Schutzoll der Landwirt, ebenso der Industrielle, ein Interesse. Damals arbeitete die deutsche Industrie etwa auf gleicher Stufe mit der Industrie anderer Länder, dem verarmenden Bauerntum stand eine relativ kaufkräftige städtische Bevölkerung gegenüber, deren Einkommenskurve nach oben ging. Damals war genug flüssiges Kapital in Deutschland vorhanden, das der Landwirtschaft auf dem Kreditwege zugeföhrt werden konnte. Damals wurde Deutschland mit billigem Auslandsgetreide in wachsendem Maße gefättigt (aus Rußland und vor allem aus Nord- und Südamerika). Von alledem ist heute nicht die Rede. Eine starke Beschädigung mit billigem Auslandsgetreide ist nur in ganz begrenzten Gebieten des Reiches vorhanden. z. B. jeht in der Nähe der französischen und belgischen Grenze, wo infolge des Valutanienerganges in diesen Ländern die landwirtschaftlichen Produktionskosten niedriger sind als in Deutschland. Heute jedoch ist der Inlandsmarkt nur beschränkt aufnahmefähig, denn die Löhne und Gehälter sind unzureichend. Das Entschwebende jedoch ist: das Industrief Kapital in Deutschland ist daran interessiert, daß nicht etwa durch Schutzölle die landwirtschaftliche Produktion auf das Niveau der Weltmarktpreise getrieben werde, denn solche Preise erschweren es dem Kapital, die Reparationskosten (hauptsächlich für Westdeutschland), die Steuern usw. völlig auf die Arbeiterschaft abzuwälzen.

Für die Industrie ist es eine Selbstverständlichkeit, den Arbeitern Löhne zu zahlen, die weit hinter den in anderen Ländern üblichen zurückbleiben; gegen den amerikanischen Lohn betragen sie z. B. nur 15 bis 20 Prozent. Die Erhaltung einer großen Spanne zwischen deutschen und ausländischen Löhnen ist nur solange möglich, als die Kosten für die Erhaltung der Arbeitskraft auf das allergeringste Maß herabgesetzt werden. Es ist bezeichnend, daß in der „Deutschen Zeitung“ in der Nummer vom 23. Februar 1924, die ganz auf den Landbunttag eingestellt war, Dr. Roefide und andere politische Führer für Schutzölle eintraten, während der bekannte Wortführer des Reichslandbundes, Karl Hepp, ebenso Dr. Graf von Landesling, Mitglied des Preussischen Landtages, und der Landesökonomierat Johansen, der Vorsitzende der deutschen landwirtschaftlichen Genossenschaften, mit keinem Wort von Schutzöllen sprachen, wohl aber die Notwendigkeit der Einräumung weitgehender Kredite betonten. Die mit den landwirtschaftlichen Verhältnissen wirklich vertrauten Großagrarien erfassen die Situation vollkommen klar; nur aus politischen, in erster Linie wahltaktischen Gründen wird die Parole des Schutzölles aus der Caprivizeit wieder hervorgeholt.

Ein Schutzoll auf Getreide verschafft dem kleinen Bauern keine großen Gewinne, aus dem einfachen Grunde, weil er Getreidemengen kaum auf den Markt zu bringen hat. Das Geschäft macht der Großagrarien. Der Kleinbauer ist dazu in viel höherem Maße als der Gutsbesitzer auf die Einfuhr von Futtergetreide wie Hafer, Gerste, auch Mais usw. angewiesen. Der Schutzoll würde also den kleinen Bauern mehr Schaden bringen als Vorteil.

Es liegt im Interesse des Industrielapitals, den Landwirten auf dem Wege von Kreditgewährung eine intensive Betriebsführung zu ermöglichen, so bedeutet das aber keineswegs, daß die Gefahren für den kleinen Landwirt vorüber wären. Im Gegenteil. Die Parole der Kreditgewährung ist nur eine andere Form der Abwälzung der Lasten von den Großindustriellen auf die arbeitenden Schichten und eine verschärfte Fortsetzung der bäuerlichen Selbständigkeit. Denn nur wenige Bauern werden zur Erntezeit in der Lage sein, den industriellen Kreditgebern den zur Erntezeit in der Lage sein, den industriellen Kreditgebern die geliehene Summe zurückzugeben. Er wird vielmehr höchstwahrscheinlich gezwungen sein, sein Kreditkonto zu vergrößern, statt zu verkleinern; ihm steht somit nichts anderes bevor, als eine neue Leibeigenschaft, die in Wirklichkeit viel grausamer ist als jene, die vor mehr als 100 Jahren in Deutschland befestigt worden ist. Die Abhängigkeit des kleinen Bauern von Industrielapital bedeutet, daß dies Kapital — dies Kapital ist — sagt irgend eine Gruppe von Bucherern, sondern ein felt

Weitere Verschärfung des Kampfes an der Wasserfante

(Sig. Drahtm.) Hamburg, 18. März.

Die Konferenz der freigewerkschaftlichen Vertrauensmänner und Obleute der Hafenarbeiter forderte die Einbeziehung der Rararbeiter und Aufsteher in den Kampf. Der A.G.V.-Ortsausschuß wurde aufgefordert, ultimativ die Zurückziehung der Teno- und Schupo aus dem Hafen zu verlangen und im Falle der Verweigerung die Generalstreik zu erklären. Die Rararbeiter stehen infolgedessen bereits unmittelbar vor dem Eintritt in den Kampf.

(Sig. Drahtm.) Elmshorn, 18. März.

Hier beschlossen die Funktionäre der Gewerkschaften gegen elf Stimmen, in den Generalstreik zu treten, wenn die Erwerbslosen zur Pflichtarbeit gezwungen werden sollen.

(Sig. Drahtm.) Lübeck, 18. März.

In Lübeck hat eine Funktionäre- und Betriebsrätekonferenz der Landbetriebe die neunstündige Arbeitszeit abgelehnt.

Hagen, 18. März.

Hier werden Streikbrecher für Hamburg angeworben und unter polizeilicher Bedeckung nach Hamburg gebracht.

(M.F.) Berlin, 17. März.

Der Postpaketverkehr nach europäischen und außereuropäischen Ländern hat auch über Bremen-Seezug wegen des Hafenarbeiterstreiks eingestellt werden müssen.

Weiterführung des Streiks in Remscheid.

(Sig. Drahtm.) Remscheid, 18. März.

Die Schleifer von Remscheid und Umgegend verharren bei ihren Forderungen. Sie wollen sich den Achtstundentag unter keinen Umständen rauben lassen. In einer Versammlung von ungefähr 300 Schleifern wurde das Angebot der Unternehmer für unannehmbar erklärt. In einer geheimen Abstimmung über die Fortführung des Streiks stimmten 282 für Weiterführung und nur 20 dagegen. Der Kampf geht also weiter.

Kommunisten in die Führung!

Köln, 18. März.

Eine Generalversammlung des Deutschen Metallarbeiterverbandes hielt Abrechnung mit den sozialdemokratischen Vertretern im Kampf um den Achtstundentag. Sie wählten eine neue Ortsverwaltung. Die Liste der Opposition wurde mit überwältigender Mehrheit gewählt, so daß sämtliche Posten mit Kommunisten besetzt sind.

(Sig. Drahtm.) Köln, 18. März.

Im Alldeutschen Schanottwerk erhielten bei den Betriebsratswahlen die Kommunisten sechs Sitze, außerdem wurde ein Parteilosser gewählt. Im Vorjahr war das Verhältnis: Fünf Sozialdemokraten und ein Kommunist.

Vorausichtliche kommunistische Reichstagskandidaten. Der Bezirksparteitag Bismar (Mecklenburg) für die Linke. — Verhaftung.

Der hier getrennt zusammengetretene Bezirksparteitag der kommunistischen Partei Deutschlands stellte als Kandidaten für die Reichstagswahlen im Wahlkreis 7 (Mecklenburg) Dr. Herzfeld und Groß auf. Der Bezirksparteitag nahm darauf mit überwältigender Mehrheit eine Resolution der Linken Richtung an. Nach Beendigung der Verhandlungen wurde der Bezirksvertreter für Mecklenburg, der Landtagsabgeordnete Wenzel trotz des Hinweises auf seine Immunität ohne Angabe von Gründen von Kriminalbeamten verhaftet.

Die kommunistischen Wahlvorschläge für die bedeutendsten Wahlkreise des Reiches dürften sich, wie wir erfahren, wie folgt gestalten:

Wahlkreis Berlin: Ruth Fischer, Emil Eichhorn, Potsdam; Schöler, Schlicht, Potsdam 2; Gesehe, Führer der oppositionellen Eisenbahner, Bierath, Buchdrucker; Ober-Schlesien: Radtsch; Magdeburg: Erna Halbe, Halle-Merkerburg; Koenen; Thüringen: Höllein; Schleswig-Holstein: Urbahn; Westfalen Süd:

König; Hessen-Nassau: Schüy, Ebener; Düsseldorf Ost: Stöder; Düsseldorf-West: Froehlich; München-Lugsburg: Remele, Thoma; Mainz: Metallarbeiter Weber; Chemnitz-Zwickau: Max Hölz, Hoderl; Württemberg: Klara Jettin, Hörle; Baden: Remele; Hamburg: Schelmann und Mecklenburg: Dr. Herzfeld und Groß.

Diese Vorschläge sind keinesfalls entscheidend. Sie unterliegen vielmehr, dort wo es noch nicht geschehen ist, der Bestätigung der zuständigen Bezirksparteitage.

Die sozialdemokratischen Kandidaten für den Wahlkreis Magdeburg. Ueberwiegen des rechten Flügels.

Der Bezirksparteitag der sozialdemokratischen Partei im Wahlkreis 11 (Magdeburg) beschäftigte sich in seiner gestrigen Sitzung mit der Nominierung der Wahlvorschläge. Als Spitzenkandidat für diesen Wahlkreis wurde der frühere Reichstagskandidat für diesen Wahlkreis, die Stellen 2 bis 7 führen die Namen Silbermann, Dittmann, Bender, Oberbürgermeister Weims-Magdeburg, Brandes und Albrecht auf. Die Kandidaten Weims und Brandes verzichteten auf eine Aufstellung, woraus hervorgeht, daß die Sozialdemokraten in diesem Wahlkreis nur die Wahl der ersten vier Kandidaten für wahrscheinlich halten. Im alten Reichstage teilte der Wahlkreis Magdeburg den Vereinigten Sozialdemokraten insgesamt 7 Mandate, wovon Brandes, Dittmann und Albrecht der früheren A.G.V. und Bauer, Silbermann, Bender und Weims den Mehrheitssozialisten angehörten. Die ersten vier Kandidaten des jetzigen Wahlvorschlags gehören ausschließlich dem rechten Flügel der Partei an, da auch Mittmann als Vertreter der rechten Richtung anzusehen ist.

Abermals eine neue Partei.

Gründung des Sozialistischen Bundes. — Ledebour kandidiert in Berlin.

Die früheren Reichstagsabgeordneten Ledebour und Wegman haben am gestrigen Tage mit Parteireueuten Besprechungen abgehalten, die zu der Gründung des „Sozialistischen Bundes“ führten. Der „Sozialistische Bund“ trägt sich mit dem Gedanken, bereits bei den kommenden Reichstagswahlen in Erscheinung zu treten und zwar zunächst im Wahlkreis Berlin. Der Wahlvorschlag nennt als Spitzenkandidaten Georg Ledebour und an zweiter Stelle Wegmann, der zugleich für die Reichsliste dieser neuen Partei in Frage kommt. An den Gründungsverhandlungen nahmen unter anderen der Landtagsabgeordnete Rabold und der unabhängige Landtagsabgeordnete Ruch teil.

Wilhelm in den Schatten gestellt.

Sozialdemokraten überwachen Versammlungen.

Unter Wilhelm, dem Gefürchten, mußten Versammlungen angemeldet werden und wurden von der Polizei überwacht. Die Sozialdemokraten von früher haben das anscheinend so gut gefunden, daß sie heute, wo sie in manchen Institutionen die Mehrheit haben, dieselben Methoden anwenden.

Die Erwerbslosen Wandbeds erhielten auf ihren Antrag, für eine Versammlung eine Turnhalle zur Verfügung zu bekommen, vom sozialdemokratischen Magistrat folgenden Kassa zugestanden:

- Die Turnhalle wird morgen von 3 bis 4 Uhr nachmittags zur Verfügung gestellt unter der Bedingung, daß
- 1. gemäß Tagesordnung nur aufklärend über die gesetzlichen Vorschriften in bezug auf die Verpflichtung zur Ableistung der Pflichtarbeit gesprochen wird bezw. über die Folgen, die bei Nichterfüllung der Pflichtarbeit entstehen;
- 2. die Verwaltung behält sich eine Überwachung der Versammlung vor;
- 3. dem Hauswart ist eine Entschädigung für die Reinigung vor der Benutzung zu zahlen;
- 4. die Benutzung darf nur eine Stunde dauern.

Die Versammlung wurde trotzdem durchgeführt. Was der Referent nicht sagen konnte, las er aus Zeitungsartikeln vor. Der überwachte Polizist bekam keine Gelegenheit, zu sagen: „Über Thema darf nicht gesprochen werden!“

Der böhmische Staat — dem nächsten Landwirt im Laufe der Jahre vorschreiben wird, was er zu produzieren hat, was er für Preise für seine Produkte nehmen darf, an wen er liefern muß usw.

Die neue Selbstverwaltung wird über die Dauerhaftigkeit von den gleichen Interessengruppen, Personen und Organisationen, die auch die Werkstätten der Industrie ausbeuten und unterjochen.

Proleten werden zur Rettung des Profits verschoben

Die deutschen Unternehmer, die bisher bewiesen haben, daß sie geistlich die Arbeiter einweisen können, wenden neue Methoden zur Unterdrückung an. Geht es nicht mehr mit dem Ausbrennen der Verlängerung der Arbeitszeit auf unbegrenzte Zeit, so schafft man Ueberangebote von Arbeitern, um so das einmal gesteckte Ziel, Mehrlosmachung der Arbeiterklasse zu erreichen. Aus Rheinhessen hat man 300 Bergarbeiter mit ihren Familien in das Kölner Braunkohlenteiler abgeschoben, nachdem man ihnen die Unterstützung entzogen hatte. Die Bergarbeiter sollten dort auf der Suche „Mariaglad“ in Alsdorf 2 1/2 Stunde unter Tage kauen. Die Belegschaft dieser Zeche steht im Streik. Die Bergarbeiter, die jeder Mittel entblüht sind, werden gezwungen, entweder zu verteidigen oder ihre Klagen zu verraten. Wer aber etwas glauben sollte, daß die Erwerbslosen in Gebiete ohne Erwerbslosigkeit übergehoben werden sollen, der wird durch den letzten Bericht des Arbeitsamtes der Rheinprovinz eines besseren belehrt. Dieser Bericht stellt fest, daß die Arbeitslosigkeit in den Gebieten Düsseldorf und Aachen (wobin die Bergarbeiter abgeschoben wurden) am höchsten ist.

Die Methoden der Schwerindustrie werden noch weiter entwickelt durch die Tatsache, daß in Dinslaken-Lobberg Erwerbslose aus anderen Gebieten eingestellt werden, trotzdem die Hoffenbüttel in Dinslaken erst vor kurzem mehrere hundert Arbeiter, angeblich wegen Arbeitsmangel, entlassen hat. Den Erwerbslosen, die hauptsächlich im Essener Gebiet angeworben wurden, war erzählt worden, daß im Dinslakener Gebiet keine Erwerbslosen vorhanden wären.

Wo alles liebt, kann Karl allein nicht hassen. Der Berliner „sozialistische“ Magistrat schmeißt darum ihm unbehagliche Beamte auf Grund der Abbaueinrichtungen heraus und fordert dafür in auswärtigen Zeitungen Beamte an. In Ober-Schlesien werden z. B. Techniker für die Straßenbahn angeworben.

Diese Tatsachen beweisen, daß die Arbeiterklasse die Verbindung zwischen Betriebs- und Erwerbslosenrat aufnehmen muß. Nicht nur örtlich, sondern bezirksweise und zentral muß diese Verbindung geschaffen werden, damit verhindert wird, daß sich die Proleten gegenseitig in den Rücken fallen und die Geschäfte des Unternehmertums besorgen.

Stimmes betriebligt

Die „Freie Zeitung“ beschäftigt sich mit Ausführungen des Abgeordneten Dr. Quack, einer der journalistischen Hände des Herrn Stimmes, im „Tag“. Das Organ mit der Devise: „Vorwärts, mit Gott für König und Vaterland“ bemerkt dazu:

„Nach den Ausführungen von Dr. Quack hat die Verfassungskommission des Reichstagsfraktion vom 12. Januar infolgedessen eine gewisse Klärung gebracht, als danach kein Zweifel mehr über die antisozialistische Politik der Deutschen Volkspartei besteht.“

Herr Stresemann hat das durchschlagende Argument des Geldwertes schnell erkannt. Die Stimmesleute haben bereits ein Komitee organisiert, das die Mahlgelder verwalte. Herr Stresemann und die Seinen sind ungemein zu wissen, daß sie finanziell einfach auf das Trockene gesetzt würden, wenn sie es wagen sollten, gegen Stimmes aufzubegehren! Man zieht es vor, mit den Hechten zusammen im großen Teich der Konventionen zu tummeln.

Schwarz-blau Verhändigung

Die „Deutsche Tageszeitung“ (Nr. 128), stellt aus dem Wahlaufruf der Zentrumspartei folgende Sätze heraus:

„Die besondere Not unserer deutschen Landwirtschaft verlangt besondere Hilfe ...“

„Der Schutz der nationalen Arbeit in Industrie und Landwirtschaft und die Erhaltung eines gesunden Mittelstandes ... sind Forderungen des Zentrums.“

„Dem nächsten Reichstag werden Lebensfragen von Ehe und Familie, Schule und Kindererziehung, Bildung und Jugendbeschäftigung zur Lösung überantwortet sein ... Wir fordern, daß die Bekanntheit der reichsgesetzlichen Gesetzgebung und Ausgestaltung wird. Der Einfluß des Christentums und der Kirche auf das öffentliche Leben muß gewahrt bleiben.“

Wit beglückwünscht Schwanenlaich bemerkt zu diesen Sätzen des agrarische Blatt:

„Der ergibt sich hoffentlich ein fruchtbares Feld für Zusammenarbeit im kommenden Reichstage. Nach dem Zentrum künftigen wärtlich Ernst mit diesen Forderungen, dann wird man auch gern vergessen, daß es von der Möglichkeit, schon im alten Reichstage entscheidend in diesem Sinne zu wirken, vielfach nicht Gebrauch gemacht hat.“

Die schwarzen und blauen Demagoguen verstehen sich. Die Agraristen lächeln. Dem Volk werden sie den konfessionellen Streikposten vor die Füße. Damit sollen sie sich herumschlagen, sich kitzeln, sich gegenseitig verprügeln und sich gemeinsam von den Herren Agraristen und den Herren Kapitalisten das Fell über die Ohren ziehen lassen. Das ausgerechnet die jetzigen Jünger so großes Wohlwollen finden an dem Aufruf der Zentrumspartei, das muß jeden verständigen Arbeiter hüten.

Die Stimmes wollen von Sepp Dertter nichts wissen

Vor einiger Zeit wurde in Dinslaken eine Bekanntheit des „Gemeinwohlens“ durch Polizei angeordnet und dabei der höhere Bundestagsgewalt Sepp Dertter verhaftet. In diesem Zusammenhang wurde Sepp Dertter als ein neuer Führer der Arbeiterbewegung und seine Wandlung kühn in der Presse diskutiert. Das „Deutsche Tageblatt“, das Kampfbüchlein der deutschen Arbeiterbewegung, stellt jetzt fest, daß Sepp Dertter der deutsche Arbeiterbewegung nicht als Führer

rer noch als Mitglied angehört. Das Blatt sagt weiter hinzu, daß es begreiflich sei, falls Sepp Dertter tatsächlich jetzt nicht gelinkt ist, daß ein Platz in den böhmischen Reichstagen nicht seiner politischen Vergangenheit nur nach einer gewissen Bewährungsfrist ihm eingeräumt werden kann.

Der Stahlhelm rüflet zum befreienden Schlag

Ein Stahlhelmer schreibt an seinen Freund folgenden Brief: „Mein Freund! Heute fahre ich mit der Bahn zum Zuppenschießplatz Hammerstein zum Kurus. Wir erhalten dort Reichswehruniform. Die Sache geht unter dem Deckmantel des Grenzschutzes in Westschlesien in Sachen des Stahlhelms, um die Franzosen rauszuschmeißen und eine Reichsregierung zu errichten. Jedenfalls geminnen hier die Deutschen sehr an Boden. Der letzte Gruppenführerkursus war Ende Februar; Teilnehmer nur Unteroffiziere. Am Jungführerkursus sollten Offiziere nur erst teilnehmen. Jetzt ist bestimmt worden, auch ältere Unteroffiziere. Sie sollen die Grenzschutzkompanie, die jedes hier bildet, in dem neuen Übungsbuch ausbilden. Die Führer sind pro forma von den Mannschaften gewählt. Der Kompanieführer wird bei Mobilmachung von Reichswehroffizieren ersetzt.“

Ich werde es ja sehen, wie lang es geht. Ich denke, wir werden noch dieses Jahr Krieg haben oder spätestens nächstes Jahr. Vielleicht mit Rußland zusammen.

Herzliche Grüße

Dein Freund A. B.

Dieser Brief stammt offenbar von einem Arbeiter, der beweist die Verblendung mancher Arbeiterkreise, die sich von der äußersten Gegenrevolution mißbrauchen lassen. Der Briefschreiber hat, wie viele andere, die Illusion, durch einen Krieg, noch dazu unter der Führung von Secht, die nationale und wirtschaftliche Freiheit Deutschlands zu erobern. Er zieht aber nicht, daß die von den Reichswehrgenerälen geführte Propaganda für den „Revanchekrieg“ in erster Reihe ein demagogischer Vorwand ist, um die nationalstimmigen der verblendeten Proleten und Kleinbürger für den Kampf der Gegenrevolution gegen die Arbeiterklasse zu gewinnen und umzubiegen, die Klassenfront des Proletariats zu zerschlagen, um es um so sicherer zu zerschlagen.

Überall, wo revolutionäre Arbeiter mit völkischen Klassen- und Kleinbürgern zusammenkommen, müssen sie sie auflären über den wirklichen Zweck des „Revanchekrieges“. Die nationale Befreiung des deutschen Volkes kann nur durchgeführt werden unter Führung der deutschen Arbeiterklasse, die sich von den Fesseln des deutschen Kapitalismus durch ihre Revolution befreit, die in täglichen, unerlässlichen Gefechten und Kämpfen den Massen den Weg zur Befreiung aus Not und Elend weist und durch ihren Angriff auf den Klassenfeind bahnt.

Wie Verbote gegen Faschisten ausgeführt werden

In dem Prozeß gegen Dr. Bölsche in Mecklenburg sagte der Leiter der Mecklenburger politischen Polizei aus, daß die Organisation Koffack trotz aller Verbote die ganze Zeit in vollem Umfange weiterbestanden hat. Es werden die Verbote gegen die Faschisten durchgeführt. Bei Kommunisten, ja Bauer, das ist etwas anderes!

Das gefürte Pantel. — Der sozialdemokratische Reichspräsident muß Streikposten passieren

Etwa 30 Köche des Hotels Ablon in Berlin sind in den Streik getreten, weil ihnen die Direktion drei Monate lang die rechtmäßig zustehenden 2 Prozent aus dem Bedienungsaufschlag vorenthielt. Auch ein ergangenes Gerichtsurteil änderte nichts an der Haltung der Direktion. Der letzte Abend der Köche war der Streik. — In vergangenen Sonntag hatte der Reichsernährungsminister Graf von Ranitz zu einem Bankett nach Le a. H. Ablon geladen. Um dieses Pantel nach Möditz nicht zu gefährden, war es der Direktion des Hotels in letzten Moment gelungen, sich mit Streikbrechern zu verstehen. Unter den geladenen Gästen befand sich der Reichstagsmarschall Reichsaussenminister Dr. Stresemann, Reichspräsident Eychardt und verschiedene andere Größen der Berliner Welt. Das Hauptereignis aber war die Ankunft des Reichspräsidenten Herr. Das Amt des Präsidenten sollte heraus und der Präsident der deutschen Republik, laut Anweisung seines Parteibundes Sozialdemokrat, passierte die vor dem Hotel Ablon stehenden Streikposten. — Ja, was einem Reichspräsidenten nicht alles passieren kann.

Stimmes vom Bundeserrat

Was nichter als Bundeserrat angefaßt wird, oder noch besser, welche Späße sich manchmal der demokratische Reichswirtschaftsminister der Republik Deutschland, Gehler, leistet und auch noch leidet, zeigt folgender Vorfall: Hellmut von Verlach berichtete kürzlich in der „Welt am Montag“ aus Bielefeld über die Bauarbeiten von Volksschullehrern zu militärischen Übungen nach dem Generallager leitens des Reichspräsidenten. Er klappte daran die Schlußfolgerung, daß es sich in diesem Falle um ein illegales Militärformationen handeln könne, da doch die Reichswehr auf 12 Jahre fest engagiert sei. Zum Schluß war Verlach die Frage auf, was der Herr Kultusminister wohl gegen das ungeschwätige Verhalten eines seiner Untergebenen zu unternehmen gedenke. Die Antwort darauf war eine Strafanzeige des Herrn Reichswehrministers wegen Bundesverrats. Man höre und kenne: Bundesverrat.

Angefaßt dieses Ereignisses nimmt es weiter auch nicht Meinend behinderten Demokraten noch ganz andere Dinge passieren können. In einem kürzlich in Leipzig verhandelten Bundesverrats-Prozesse bezogme namentlich der militärische Sachverständige des Herrn Gehler eine ihm vorgelegte Zeitungsausschnitt als glatte Bundesverrat, ein weniger geistreiches Gesicht machte er aber als ihm verraten wurde, daß die betreffende Zeitungsausschnitt auf einer amtlichen Erklärung des Reichswehrministeriums aufgebaut war.

Um in die Strafscheidungen der zahlreichen Bundesverratsprozesse des letzten Jahres (weit über 1000) mal ein wenig Licht zu bringen, hat sich die „Deutsche Liga für Menschenrechte“ entschlossen, über diese verurteilten und bedenklichen Nachsprüche alles erreichbare Material anzusammeln und zu veröffentlichen. Die Adresse: Berlin W 65, Babelsbergerstraße 44, menschenrechte. Die Deutsche Liga für Menschenrechte

Arbeiterkämpfe

Die Stahlhelferarbeiter des Saffatwerkes Döbeln bei Freital sind ausgebeutet worden. Die Direktion verlangt die 34-Stunden-Roche.

In den Kontinental-Werken in Hannover stehen die Arbeiter in Streik. Die Direktion herrte die Arbeiter aus und ließ das Werk durch Gumpo besetzen.

Die Arbeiter der Firma Messner in Döbeln sind in den Streik getreten, weil ein kommunistischer Betriebsmann entlassen wurde.

Nachdem die Belegschaft des Saffatwerkes Döbeln bei Bad Dürrenberg zusammen mit den Erwerbslosen energisch gegen die neunmonatliche Arbeitszeit Front gemacht hatte, mußte die Direktion den Achtstundentag wieder einführen.

Die Textilarbeiter von Malchow (Mecklenburg) stehen seit Mitte 5. März gegen den, Achtstundentag im Streik.

Die Stahlwerke in Ostrow (Mecklenburg) werden von der Belegschaft wegen Verschlechterung des Lohns bestrift. Die übrigen Metallbetriebe drohen mit dem Solidartätstreik.

Nachdem die Belegschaft des Albeder Hohenwerkes den Schiedsrichter, der die zwölfstündige Arbeitszeit vorschlug, abgelehnt hatte, wurde die gesamte Belegschaft, 2000 Mann, entlassen.

Die Arbeiter der Allgemeinen Telefonfabrik in Hamburg verlangten, nachdem sie 11 bis 12 Wochen 11 bis 12 Stunden täglich gearbeitet hatten, die Wiedereinführung des Achtstundentages. Die Firma lehnte das ab, und die Belegschaft trat darauf in den Ausstand.

Die Metallarbeiter der Firma Gabel und Godel in Köln erkannten den Schiedsrichter für die Kölner Metallindustrie — der die 57-Stundenwoche vorschlug — nicht an und arbeiten nach wie vor acht Stunden.

Arbeitslose und Streikende verstehen gemeinsam vor den National-Registrier-Kassengesellschaft in Neudölln den Streikpostendien.

Die Arbeiter der Lokomotivbauwerkstatt in Darmstadt, die der französischen Eisenbahnregie unterstellt sind, stellen Lohnforderungen an den Privatunternehmer, der die Werkstatt gepachtet hat. Gegenüber der dauernden Lohnverschlechterung wertbeständige Entlohnung. Nach bewährten Mustern daraufhin Aussperrung der ganzen Belegschaft, angestrebt daraufhin Aussperrung der ganzen Belegschaft, ungefähr 800 Mann.

Seit dem 13. März streiken die Fellebungsarbeiter Koffack. Die gesamten Metallarbeiter von St. Etienne (Frankreich) stehen seit dem 17. März im Streik.

Der sozialdemokratische schiffische Wirtschaftsminister Müller hat die Zeno und die Schupo in das Elektrizitätswerk Hirschfeld einrücken lassen, weil die Arbeiter des Betriebes die 54-Stundenwoche nicht mitmachen wollten und darum fristlos entlassen wurden.

Erfolge

Auf der Hauptwerkstatt der Rombacher Hütte war seit einiger Zeit das Zweischichtensystem eingeführt worden. Die Belegschaft führte den Beschluß durch, in Zukunft nur noch acht Stunden zu arbeiten. Die Direktion wollte sabotieren; sie verhinderte die Stromlieferung; die Arbeiter beharrten daraufhin in passiver Resistenz. Nach einer Woche mußte die Direktion nachgeben und die Achtstundenschicht einführen.

Die Arbeiter der Karlsruher in Biederhofen (Wörthingen) legten den bisher papierernen Beschluß über die achtstündige Arbeitszeit in die Praxis um, nachdem sie früher zehn Stunden und mehr gearbeitet hatten. Da die Belegschaft einseitig und geschlossen austrat, mußte sich die Direktion fügen.

Reichstongreß der SPD

Der Kongreß ist einer der am stärksten besuchten, die die SPD, seit ihrem Bestehen abgehalten hat. Um 10 Uhr sind Plenarsaal des Herrenhauses und Tribünen überfüllt. Frau Mathilde Wurm begrüßt die Anwesenden. Als erster Redner spricht Dr. Kuybissch über Ursachen und Umfang der Not in Deutschland. Er sagt, daß der katastrophale Notlage der deutschen Bevölkerung seit dem Herbst 1923 schon 8 Jahre Unterernährung und Entbehrungen vorangegangen seien. Heute ist es so, daß Pflanz für 85 Prozent der Bevölkerung unerschwinglicher Luxus sei. Die Ursache der Not sei aber nicht etwa in einem schlechten Stand der deutschen Landwirtschaft zu suchen, im Gegenteil, die Konjunktur der Landwirtschaft sei seit Jahren gut, die Landwirte erzielen beispiellose Gewinne, während die Massen hungern. Diese Gewinne werden in Sachwerten angelegt, die Wirtschaften werden auf Jahre hinaus ergänzt und versorgt durch Anschaffung von Maschinen, Möbeln, Wäsche usw. Die Massen müssen hungern wegen der Wucherpreise für Kohlen und andere Produkte. Das deutsche Volk ist belogen worden wie nie ein Volk in der Welt auf allen Gebieten. — Wenn die Bauern die bereit waren, ihren letzten Sockel zu opfern, auch ihr letztes Schwein geopfert hätten, wäre die Not nicht so groß gewesen. Wenn diejenigen, die die Gewinne gehabt haben, bereit gewesen wären, Steuern zu zahlen, wären Reparationen und Rudereinbruch nicht so verhängnisvoll gewesen. Nicht die Massen sind schuld an Hunger, sondern das Kapital. Wir müssen der SPD dankbar sein, daß sie dieser Not steuert, die nicht notwendig war, gemessen an den Gewinnen der deutschen Industrie und Landwirtschaft. Das Volk muß alles tun, um sich gegen diesen Zustand zu wehren.

Sobann sprach Frau Kraus-Basel über den Abbau der sozialen Fürsorge. Die Referentin konstatiert den vollständigen Zusammenbruch der sozialen Fürsorge in dem Augenblick, in dem sie am meisten in Anspruch genommen werden mußte. Während die Tuberkulose an Umfang wie noch nie zuvor zugenommen hat, sind die Heilstätten um 4000 Plätze verringert worden. Auf allen Gebieten Charnafnahmen; auch die private Fürsorge ist im Sturm der Geldkatastrophe zusammengebrochen. Die Rednerin schildert die Lage der Arbeiter an Hand von Zahlen über die Höhe der Arbeitslöhne, sie betragen z. B. für Bauarbeiten 58 Prozent, für Metallarbeiter 58 Prozent der Vorkriegszeitlöhne. Der deutsche Arbeiter kann sich nur die Hälfte von dem kaufen, was der englische Erwerbslose von seiner Unterstützung kaufen kann. Die Unterstützung der Erwerbslosen sichert nicht einmal das physiologische Existenzminimum, dabei bestehen aber Arbeitspflicht und Zwangsarbeit — ohne Entgelt. — Es gibt in Deutschland 3 Millionen Holverwerbslose und 5 Millionen Kurzarbeiter. Die Ausdehnung vieler Krankheiten, z. B. des Rindstiebers und der Geschlechtskrankheiten, sei katastrophal. Überall begegne man Menschen mit den Merkmalen verschlechterter und zugrundegedehnder Existenz in Gesichtszügen und Kleidung.

Das Elend wird in den Schulen besonders sichtbar. Viele sind seit Weihnachten kaum noch mit warmem Wasser gewaschen worden, haben kein Hemd oder nur ein, kommen zur Schule, ohne gegessen zu haben, etc. Der ganze Umfang dieses Elends ist kaum abzuschätzen. Die Schließung der öffentlichen Bäder, Krankenhäuser in allen größeren Städten verhärtet die Schädigung der Volksgesundheit. Gefesgeberisch ist nicht gesehen als nur einschränkende Maßnahmen, z. B. die Beschränkung der hitzbedürftigen Jugend und der Kriegsbeschädigten und Hinterbliebenen — an die Armenpflege. Die proletarischen Selbsthilfsorganisationen sind die einzigen, die systematisch und sofort und ernst eingegriffen haben. Sie sind die einzigen, die im Augenblick der äußersten Not nicht erlahmten. Sie haben alle die Pflichten übernommen, die von allen anderen vernachlässigt worden sind.

Gmonst spricht über die Not der Angestellten und Beamten der Häuser und des Staates. 33 Prozent der Angestellten sind erwerbslos. Der Stundenlohn betragt 33 bis 100 %.

Die Not trifft aber nicht die Arbeiter, sondern die kleinen Bauern, von denen bis zum 1. April 35 Prozent abgebaut worden sind. Die Bauern müssen sich endlich darauf besinnen, daß eine andere Politik notwendig ist. In der D.D.S. herrscht ein Plan und eine Opferwilligkeit, wie sie von den Gewerkschaften nicht aufzubringen sind; ein Zusammengehen ist notwendig. Auf verschiedene Forderungen hin meint Schmidt, daß er auch nicht daran glaube, aber er habe es für seine Pflicht, dem Münche Ausdruck zu geben.

Sodann gibt Frau Wurm den Bericht über die Arbeit der D.D.S. Nach einem kurzen Überblick über die Entwicklungsgeschichte und einem Protest gegenüber den Feindseligkeiten ihrer eigenen Partei, und anderer Kreise betont die Referentin die Notwendigkeit der internationalen Solidarität aller Arbeiter, unabhängig von ihrer Parteizugehörigkeit. Die D.D.S. hat bis jetzt 25 Ortsauslässe in Deutschland, und täglich kommen Neuanmeldungen hinzu. Am 15. März wurden 1715 000 warme Maßzeiten in Deutschland ausgegeben, 17 500 Pakete verteilt. Davon 8200 aus Holland, die in Berlin und Hamburg Weihnachten abgegeben wurden. Die Referentin dankt den ausländischen Arbeitern. Von Weihnachten an wurden 546 000 Brote verteilt. Im Rheinland wurden für die Kinder von Streikenden besondere Maßzeiten eröffnet. Die Hilfe in Berlin begann mit 2000 Portionen täglich im Oktober, im Februar wurden 10 000 Portionen täglich verteilt. In Thüringen werden täglich 40900 geliebt, in Sachsen 4500 und so weiter in allen Teilen Deutschlands. Den feindlichen Gerüchten gegenüber, daß in erster Linie Kommunisten berücksichtigt würden, steht die Tatsache, daß bei einer Feststellung in Berlin 20 Prozent Nichtorganisierte in den Rücken gezählt wurden. Besondere Affären der D.D.S. gelten den Streikenden. Die Referentin zählt ungefähr 20 Fälle auf, in denen streikende Organisationen durch Spenden unterstützt wurden. Die Referentin spricht über die Schwierigkeiten, die der D.D.S. in verschiedenen Städten durch Behörden, z. B. in Hamburg und München gemacht wurden. In München hat sich die D.D.S. jetzt endlich durchgesetzt. In Hamburg sind noch immer die Sammlungen nicht genehmigt. Im allgemeinen aber haben die Magistratsräte vieler Städte Verhältnisse und entgegenkommen gezeigt. Eine Anzahl Künstler hat durch Scharabende, eine große Kunstausstellung in Berlin, durch Veranstaltungen in verschiedenen Städten die D.D.S. unterstützt. In Berlin bestehen jetzt vier Kinderhorte, in denen ungefähr 500 Kinder nachmittags, nachdem sie eine warme Maßzeit erhalten haben, in warmen Räumen unter Aufsicht beschäftigt werden, abends noch einmal Kaffee und Brötchen erhalten. Holland gebührt besonderer Dank für die Kinderhilfe, es gingen 2 Transporte mit zusammen 400 Kindern nach Holland, 50 Kinder nach der Schweiz zur Erholung auf drei Monate. 25 Kinder wurden in einem Kinderheim der D.D.S. in Warow an der Ostsee untergebracht. 1000 Kinder sollen in die Tschechoslowakei, aber durch die Schwierigkeiten, die die Regierung machte, wurde der Transport hinausgeschoben. Ungeheuer viele Sachspenden sind aus England, Frankreich und Amerika gekommen. Zu Anfängen produktiver Erwerbslosenfürsorge gehören auch die ärztlichen Beratungsstellen, die der Hilfe der Ärzte und des proletarischen Gesundheitsdienstes zu verdanken sind, die jeder Rühmentnehmer in Anspruch nehmen kann. Gewerkschaften treten korporativ der D.D.S. bei. Ferner sind beigetreten der Jugendbund Schwarz-Rot-Weiß und der Arbeiter-Samariterbund. Die Referentin ruft alle Organisationen und Freunde auf, der D.D.S. beizutreten und sie zu unterstützen, damit das Hilfswerk auf eine immer breitere Basis gestellt werden kann.

Begrüßt von starkem Beifall sprach in scharf zugeschnittenen Ausführungen Halle (Paris) als Vertreter des französischen Arbeiterhilfskomitees, das in Frankreich als einzige Organisation — allen Widerständen zum Trotz — für die deutsche Hungerhilfe mit Erfolg wirkt und sammelt. Nach ihm sprachen noch Hoogeziep (Holland), Laurien (Dänemark). — Als Vervollständigung der D.D.S.-Arbeit, die Referentin des D.D.S.-Komitees der englischen Arbeiterpartei, Mrs. Crauford, schilderte in interessanter Weise die heutige Lage in England, sie forderte in warmherzigen Ausführungen engste Zusammenarbeit der deutschen und englischen Arbeiterpartei, vereint mit der Arbeiterpartei aller Länder, zur Hebung der Lage des Proletariats.

Der Generalsekretär W. Münzberg unterwarf in einem von starkem Beifall mehrfach unterbrochenen Vortrag die Veränderung in der Notlage des deutschen Proletariats und die sich daraus ergebenden nächsten Aufgaben der D.D.S. in Deutschland. Kurz, schlagend wurde der „Vorwärts“ erledigt, der den Kongress am Vorabend mit einem Beitrage nach bekannter Methode „begrüßt“ hatte.

Der Vertreter des Zentralhilfskomitees für die deutschen notleidenden Werktätigen aus den russischen Sowjetrepubliken, Lipin, überbrachte Sympathieerklärungen und Hilfszulagen.

Dann folgten Berichte der einzelnen deutschen Landes- und Bezirks-D.D.S.-Komitees. Besonders die Worte der Referentin und der Vertreter der D.D.S. fanden auf dem Kongress größte Aufmerksamkeit. Der Kongress sprach sich in einer Entschlossenheit für energische Fortsetzung der Arbeit der D.D.S. aus.

Aus Betrieb und Gewerkschaft.

Die Gewerkschaftsbürokratie Setzt an Seite mit dem Anilinkapital.

Die Vertreter des Fabrikarbeiterverbandes, im Verein mit der Redaktion der sozialdemokratischen „Mannheimer Volksstimme“, neuerdings auch die Bürokratie der Angestellten-Verbände führen einen Verleumdungskampagne gegen die streikenden Anilinarbeiter, die nichts anderes bezwecken soll, als die unerschütterlich stehende Kampffront zu durchbrechen. In einem Bericht, den fast die gesamte sozialdemokratische Presse abdruckt, heißt es:

„Die Gewerkschaften stehen der Bewegung in Ludwigshafen fern. Sie sind mit Nachdruck der Forderung der Vergeber auf Verlängerung der Arbeitszeit entgegengetreten.“

Landarbeiter denkt daran!

Daß der Sozialdemokrat Zimmer während Eures heldenhaft geführten Streiks im letzten Jahre alle landwirtschaftlichen Arbeiten zu Notstandsarbeiten erklärte, und die technische Nothilfe gegen Euch mobilisierte.

Landarbeiter vergeht nicht!

Daß der Sozialdemokrat Sebering, Schupo und Gendarmerie gegen Euch mobilisierte. In einer Rede, nach dem ihm die Junker angezapft, erklärte er: „Ich konnte aber das übrige Preußen nicht völlig von Schusspolizei entblößen!“

Nach Fällung des Schiedspruches steht der Verband vor vollendeter Tatsache, mit der er sich vorläufig abfinden muß. Der Schiedspruch ist nicht schlechter wie in anderen Industrien; die wichtigsten Bestimmungen sogar besser!

Hier erklären die Reformisten unumwunden, daß sie der kampflosen Preisgabe des Achtstundentages zustimmen. Sie sind bereit, sich dem Diktat des Anilin Konzerns zu unterwerfen, der, wie aus seiner eigenen Erklärung zu ersehen ist, auf die Kaufverpflichtungen des Schiedspruches pfeift. Selbst die „Deutsche Tageszeitung“, die gewiß nicht im Geruch der Unternehmerschuld steht, schreibt am 16. März:

„Nun kann man allerdings nicht verkennen, daß die Lohnpolitik der Anilinwerke nach dem Urteil aller Bevölkerungskreise in der letzten Zeit sehr unglücklich gewesen ist.“

Das heißt, die Anilinwerke haben einen Lohn gezahlt, bei dem die Arbeiterkassen verhungern muß.

Die Front der Streikenden steht ungebrochen. Das muß die reformistische Bürokratie zu ihrem großen Leidwesen anerkennen. Dafür beruht sie die Einstellung der Notstandsarbeiten, die Antwort der Arbeiter auf das Blutbad der deutschen Polizei, zu einer gewissenlosen Hesse. Besonders raffiniert und gefährlich ist ein Verwirrungsversuch der Amsterdamer Bürokraten in der Frage der Lohnauszahlung. Die ausgeperrten Ludwigshafener Arbeiter haben nach 10 Tagen Lohn zu bekommen. Die Streikleitung fordert Zahlung. Gleichzeitig hat die Streikleitung angekündigt, daß die notwendigen Arbeiten außerhalb des Werkes vorgenommen werden können. Die Direktion des Anilin Konzerns aber verlangt als Voraussetzung der Lohnzahlung die Listnahme sämtlicher Notstandsarbeiten. Wie verhalten sich nun die Amsterdamer zu diesem Verlang der Direktion, die streikenden Arbeiter dadurch zufriedenzustellen, daß sie ihnen den längst fälligen Lohn nicht aus-

bezahlt? Die sozialdemokratische Partei „Vorwärts“ und der Fabrikarbeiterverband stellen sich auf die Seite der Arbeiter, sie beschuldigen die Streikleitung, daß sie durch das Verbot der Streikarbeit es verhindert, daß den Arbeitern der fällige Lohn ausbezahlt wird.

Das Geschehen der reformistischen Bürokratie wird nicht im Klaren sein, die Front der Streikenden zu erschüttern. Sie werden nur erkennen, daß sie gründlich und endgültig mit der reformistischen Bürokratie abrechnen müssen.

Aus Schlesien.

Wahlparolen.

Zwei Parteien, ausgerechnet die Parteien, die begünstigt dem Proletariat am meisten in der Schuld stehen, die an erster Stelle verantwortlich sind für die Anebel und Ausplünderungsmassnahmen, die Sozialdemokratie und die Zentrumspartei, haben bereits Wahlparolen ersonnen. Im Zentralorgan der Sozialdemokratie, Nr. 129, findet man u. a. folgende Wahlparolen:

Für den Achtstundentag!

Vergeht nicht die Geldentwertung!

Kämpft für die Partei der Republik!

Die wahre Staatspartei — die Sozialdemokratie!

Die beiden ersten Forderungen macht sich die Sozialdemokratie unter Vorpiegelung falscher Tatsachen zu eigen. Die Politik der Sozialdemokratie hat den Achtstundentag zum guten Teil zerschlagen. Wo heute die Arbeiterschaft für die Erhaltung des Achtstundentages kämpft, da fallen ihr die Amsterdamer Führer in den Rücken. Die Sozialdemokratie macht die Regierung der bürgerlichen Koalition für die Offensive gegen den Achtstundentag verantwortlich. Die bürgerliche Regierung konnte die Offensive nicht unternehmen, wenn ihr nicht die Sozialdemokratie das Messer der Ermächtigungsgesetze ausgeteilt hätte.

Wer für den Achtstundentag demonstrieren will, der darf unter keinen Umständen die Sozialdemokratie wählen. Jede Stimme für die Sozialdemokratie ist eine Zustimmung zur Militärdiktatur und Ermächtigungsgesetz.

Vergeht nicht die Geldentwertung! Fürwahr, die Wahrung ist am Blute. Im „Vorwärts“ liest man dazu:

„Sie hat die Reichen noch reicher gemacht, sie hat die Arbeiter und Angestellten ihrer Existenzmittel beraubt, den Mittelstand und die kleinen Gewerbetreibenden von ihrer Substanz entblößt. Die Sozialdemokratische Partei forderte immer und immer wieder die Stabilisierung der deutschen Mark. Aber erst, als auch die bestbesetzten Klassen bei der Geldentwertung Schaden zu nehmen begannen, schufen sie die Rentenmark.“

Man könnte fast glauben, der „Vorwärts“ wolle sich und seine Partei selbst verhöhnen. Die Sozialdemokratische Partei hat — gefordert. Was hat sie sonst getan? Nichts? Doch, wo die Arbeiter verblühten, der Geldentwertung und der Verdrängung Einhalt zu tun, da fielen ihr die Amsterdamer und Sozialdemokraten in den Rücken. Damit die Politik der Reichen nicht gestört werden konnte, veranlaßten und verordneten Sozialdemokraten den Belagerungszustand und Ermächtigungsgesetze. Die Reichen wußten, daß die Sozialdemokraten mit ihrem Forderungen nur die Massen täuschten. Die Massen wissen jetzt, daß die Sozialdemokratie mit ihren Parolen ihre fluchwürdigsten eigenen Sünden auf andere Schulden übertragen will. Die Demagogen sind erlautet.

Kein anderer Führer kann für diese Partei der verfallenden Republik mit der Ludendorff, Ebert, Raht Sangball spielen, die Zügel hergeben.

Die Republik des Belagerungszustandes, der Ermächtigungsgesetze, des Achtstundentages, des sozialpolitischen Kohaus hat tatsächlich nur eine „wahre Staatspartei“. Das ist die Sozialdemokratie.

DIE REBELLEN

Von P. E. Dybenko.

III.

Die ergebnislosen Fahrten auf der Suche nach dem deutschen Geschwader künftigen kriegerische Begeisterung ab. Nach und nach gewöhnte man sich an den Krieg. Nur die von der Pflichten geholten alten Matrosen gewöhnten sich nur schwer an die bereits vergessene Schiffsumgebung. Ungern machten sie den Dienst mit und verbrachten mehr Zeit auf das Deck über die Ursachen des Krieges als auf den Dienst; sie interessierten sich sehr für die Frage, für wen der Krieg nützlich sei und warum wir unser Blut vergießen mußten. Alle waren von der einen Hoffnung erfüllt: daß der Krieg nur einige Monate dauern würde. Und dann kann man ja wieder nach Hause gehen. Man hört den Alten zu, und wird um vieles klüger: sie hatten manches auf der Welt gesehen und gehört. Sie erzählten, daß die Arbeiter ungern zur Armee gehen und gegen den Krieg agitieren. Alle seien überzeugt, daß die Deutschen uns schlagen würden. Auf den Krieg seien wir nicht vorbereitet. Was ging uns der Krieg überhaupt an?

Die jungen Seeleute horchen auf, werden nachdenklich, schütteln die Köpfe und stimmen auch mit ein; was haben wir den Deutschen getan, und die Deutschen uns? Was haben wir davon, wenn wir Ostpreußen und Oesterreich besetzen? Rußland ist auch so weit und groß genug. Und sehen wir nicht genug zerstückte Krüppel, die seit dem japanischen Kriege in den Straßen betteln? Und man nannte sie doch damals „Helden“. Anfangs langsam, schüchtern, aber allmählich immer betonter, verbreitete sich Mißtrauen und Unzufriedenheit mit dem Kriege. Und wir waren doch erst in den ersten Kriegsmomenten.

Aus der Heimat kommen Nachrichten: die Pferde sind requiriert, die Brüder eingezogen, nur die Weiber sind im Dorf geblieben. Wer soll das Feld bestellen?

Die Obrigkeit bemerkt die wachsende Unzufriedenheit, die „Verletzung“ der Schiffsbefehlungen und verhängt die allgemeine Disziplin und die Beaufsichtigung der Untergebenen.

Es verleben einige Monate, aber der Sommer der Verträge an den Fronten verstricht nicht. Immer neue Schiffe werden in den Krieg hineingezogen. Die Hoffnung auf ein baldiges Kriegsende verfliehet. Die Flotte der Drednoughts und ein Teil der Kreuzer gehen im Hafen von Sewastopol vor Anker, um dort zu überwintern. Nur die Minenschnitzler legen trotz der Winterkälte wie ehedem durch die See und bewachen die Einfahrt in den finnischen Meer-

buden. Die Winterzeit unterschied sich in nichts von der Friedenszeit, höchstens dadurch, daß man uns eine überflüssige Arbeit machen ließ: wir mußten die Schiffe weiß anmalen. Damit sie gegen den Schnee nicht abblähen, und einige Regale mehr heizen. Aber ein Wunder merkwürdig schimmer, einige Monate nach Anfang des Krieges begann sich das Meer zu verfließen und außerdem sperrte man die Drednoughts. Aus diesem Anlaß heizerte sich von Tag zu Tag die allgemeine Unzufriedenheit mit dem Kriege.

Diese Umstände boten die erwünschte Gelegenheit für eine fruchtbarste Agitation gegen den Krieg und gegen die harte Disziplin.

Nun begannen auch zu Land die Mißfolge. Gerüchte über Verrat schwirren umher. Sie konzentrierten sich um die eine Hauptgestalt — die der Kaiserin Alexandra. Siodorowa. Alles das zusammengekommen wachte in den Köpfen der Matrosen die Unzufriedenheit mit dem Kriege und steigerte das Mißtrauen zu der Regierung selbst. Aus den Schiffen bildeten sich aktive politische Gruppen. Allerdings waren sie in der ersten Zeit recht schwach und unbedeutend. Aber während des Winters wurde ihre Tätigkeit intensiver. Es bildeten sich feste Gruppen und sie stellten nicht nur eine Verbindung unter sich her, sondern auch mit den anderen Schiffen und sogar mit den Besatzungen in Koral und Kronstadt.

Der erste Winter hätte der Flotte weder Siege noch Niederlagen gebracht. Man berechnete sich auf den Frühjahrsfeldzug vor, und alle erwarteten, daß die Deutschen im Sommer 1915 die Offensive gegen uns ergreifen und unsere Flotte nach Kronstadt zerjagen würden. Der Winter ging unmerklich vorüber; eines Tages zeigte sich die helle Frühlingssonne und das Leben auf den Schiffen kam wieder in Fluß. Der Hafen von Sewastopol befreite sich allmählich vom Eis.

Viele unterhaltsame Geschichten gehen über den Krieg um: von Kämpfen und Schlachten, von allen möglichen Wunden und Tragödien, von heroischen Sünden der einen und der anderen. Aber die Besatzung der Schlachtschiffe und Drednoughts konnte sich nicht rühmen, daran teilgenommen zu haben: im Laufe der Jahre 1914, 1915 und sogar 1916 betrat sie sich an keiner einzigen Seeschlacht. Allerdings, es fanden viele Fahrten in die offene See statt, viel Kohle verbrannt und viel geschmolzen. Aber es blieb alles schuldig. Die Kreuzer Minenschnitzler, Torpedoschnitzler und U-Boote hatten einige leichte Geschäfte mit dem Feind gemacht während des Durchgangs der Drednoughts. In der Nacht des 15. März im Jahre 1915 wurde von der Besatzung dieser Schiffe ein kleines U-Boot von dem Feind gefangen genommen. Stoff für die vorerwähnten Geschichten.

und manche, die an diesen Kämpfen aber auch sich teilgenommen hatten, gaben sich für große Helden aus.

Aber nicht alles war es heilsam. Die Weiße des Kampfes zu empfangen. Aus diesem Anlaß die Aufgabe zu den Aufstand vorzubereiten. Gegen das Ende des Sommerfeldzuges steigerte sich die Unzufriedenheit auf den großen Schiffen von Tag zu Tag. Der Sozialist oder Anarchist des Krieges war keine Rolle mehr. Die Matrosen forderten offen von Besatzung des Schiffes, von der Kommandatur, auch nach Beendigung des Krieges es in lange auszuhalten, bis alle Forderungen des Volkes erfüllt seien. Diese Unzufriedenheit erregte den Vorgesetzten nicht. Die Offiziere hatten mißtraulich auf, aber entscheidende Maßnahmen wurden nicht getroffen. Im August trafen hier und da auf den einzelnen Schiffen Gruppen von streikenden Besatzungen aus. Um die Unzufriedenheit der Matrosen zu steigern, waren die aktiven Gruppen alles, was sich vorerzählen ließ. Man heizte die Leute gegen die harte Disziplin auf, gegen das schlechte Essen, gegen das Aussehen. „Wenn Suppe oder Brühe geschickt würde, würde man sie mit Naphtha begießen.“ „Schlecht Essen führt zu Unzufriedenheit und steigerte die allgemeine Stimmung auf den Schiffen. Für den Herbst bereitete man den allgemeinen Aufstand vor. Nur insofern handelte es sich nicht im engen Kontakt mit den Vorkämpfern Organisationen und konnten nicht, ob sie uns unterstützen würden.

Im Herbst ankerten die großen Schiffe wieder vor Sewastopol, um dort zu überwintern. Raum lagen wir vor Anker, als auf dem Drednought „Gongut“ der Aufstand ausbrach. Man umzingelte das Schiff mit Minenschnitzern und U-Booten und drohte es in den Grund zu bohren. Die Besatzung erhielt einen Geheimbefehl: wenn die Matrosen bedrohlichen Ansinnen annähme, sollte man nicht vor der Festlegung der neuen Schiffe zurückweichen! Auch auf den anderen Schiffen kehrte eine gefährliche Stimmung ein. Die Vorkämpfer hatten eine Zeitlang unentschlossen, aber auf den nächsten Tag auf allen Schiffen eine verlässliche Kampfbasis. Auf dem U-Boot „Babel“ fanden sich 120 Leute, in dessen Bestand die Matrosen dieser Verlässlichen, aus allen Teilen der Drednoughts der politischen Gruppen. Diese Matrosen waren die Matrosen der Drednoughts, um sie nachher zu den „Gongut“ zu ziehen, aber ihre Expedition wurde immer mehr gefährlicher. Die Ursachen, die den Aufstand herbeiführten, waren die gleichen, die den Aufstand auf dem U-Boot „Babel“ herbeiführten. Die Matrosen wollten den Aufstand ausbreiten. (Fortsetzung folgt)

Die andere Partei, die für die ungeheure Verelendung der deutschen Arbeiterschaft, für die maßlose Bereicherung der Schwerkapitalisten verantwortlich ist, die Zentrumsparlei, sagt in ihrem Wahlaufsatz:

Inhalt und Charakter der Regierungsverordnung über Arbeitszeit und Schlichtungswesen wurden den staats- und wirtschaftspolitischen Notwendigkeiten gerecht. Die Art der Ausführung derselben durch das Unternehmertum sowie die Behandlung und Entlohnung der Arbeitnehmerschaft aber, hat starke Verärgerung hervorgerufen und an manchen Stellen eine bisher nicht gekannte Verbitterung erregt. Eine Entspannung muß mit allen Mitteln herbeigeführt werden.

An anderer Stelle wird verkündet, daß die Zentrumsparlei der Zustimmung zu den Ermächtigungsgesetzen ihre traditionellen sozialpolitischen Bahnen nicht verlassen habe. Da heute das Schwerkapital im Zentrum maßgebenden Einfluß besitzt, hat die Sozialpolitik erklärlicherweise eine andere Ausdeutung erfahren. Daß der Großindustrielle Röhner und daß der Großindustrielle Thyssen, die ganz kategorisch den zehn-, zwölf- und fünfzehnstündigen Arbeitstag verlangen, von Sozialpolitik eine andere Auffassung haben als sie der Bischof Kettler bekennt, hat das in jedem Sozialisten geläufig. Es ist aber sehr erfreulich, daß das Zentrum offiziell mitteilt: die Ermächtigungsgesetze und Notverordnungen sind Ausfluß der Sozialpolitik des Zentrums von heute. Das müssen sich vor allem die christlichen Arbeiter merken. Wenn dann noch der heuchlerische Versuch unternommen wird, die Verordnungen in Schutz zu nehmen, indem betont wird, daß die Kapitalisten auf Grund der Verordnungen brutal ihre Interessen vertreten, die der Werktätigen mißachten, so braucht nur darauf hingewiesen zu werden, daß der Wahlaufsatz der Zentrumsparlei mit unterzeichnet ist vom Großindustriellen Röhner, dem härtesten Bekämpfer des Wahlstundengesetzes.

Die Kommunistische Partei kann den Wählern nicht versprechen, daß sie lediglich mit dem Einmarsch ins Amt und Gefahr erretten können. Wer sozialdemokratisch, wer ultramontan, wer demokratisch, völlig oder deutschnational wählt, der hilft naturgemäß den Klassengegner des Proletariats. Seine Stimmenabgabe ist zunächst das Bekenntnis, daß er nicht selbst im Klassenkampf seine wirtschaftliche und politische Freiheit erheben will. Dies Bekenntnis durch Stimmenabgabe allein genügt, um die herrschende Klasse, um das industrielle und agrarische Kapital zu veranlassen, alle ihre privaten und staatlichen Machtmittel einzusetzen, um das oppositionelle Proletariat zu vernichten. Die ganze Politik der letzten Monate läßt klar und deutlich erkennen, daß die herrschende Klasse einen großen Teil des deutschen Proletariats vernichten will. Durch maßlosen Raubbau an der Arbeiterschaft, d. h. durch schändliche Vernichtung vieler Millionen von Proletariern will das deutsche Kapital nicht nur sich erhalten, sondern die alte Weltmachtsstellung zurückerobern. Ein wahnsinniges Unterfangen. Dieser Wahnsinn wird aber unterstützt von allen Wählern, die einer der Parteien neben der KPD die Stimme geben.

Wir fordern auf zur Stimmenabgabe für die KPD. Aber wir sagen den Wählern gleichzeitig: zeigt Ihr durch Eure Stimmenabgabe, daß Ihr gewillt seid, das Joch des Lohnsklavens abzuwälzen, die Herrschaft des Kapitals zu zerbrechen, dann wird auch die kommunistische Partei in den Revolutionskampf hineinführen, den Ihr selber siegreich beenden müßt!

Darum, Wähler, gebt am Wahltag Eure Stimme ab für die KPD!

Niederlage der Halentzenger in OS.

Die katholischen Barden, die seit dem letzten großen Streik durch unermüdete Berlebungsbearbeitung organisatorisch zusammenbrachten und die dazu aus der Öffentlichkeit verschwanden, versuchen jetzt anläßlich der bevorstehenden Wahlen wieder Oberwasser zu gewinnen. Nur mit dem Unterschied, daß die verlegenen Organisationen wie Oberland, Halentzenger, Stahlhelm usw. jetzt geschlossen unter dem Banner der deutschproletarischen Freiheitspartei in den Wahlkampf treten.

So fanden in der letzten Zeit eine Reihe von Versammlungen dieser Partei statt. Die Ortsgruppe „Bobritz“ der „Deutschproletarischen Partei“ berief am Sonntag, 16. März, eine Wahlversammlung nach Schönbach ein, wozu auch die Kommunisten besonders geladen wurden. Durch Plakatanschlag kommunistischer Art, wurde die revolutionäre Arbeiterschaft angefordert, sich recht zahlreich an dieser Versammlung zu beteiligen. Und das ist ihnen. Der Saal war bis auf den letzten Platz gefüllt.

Etwas besonnen eröffnete ein bezahlter Agent die Versammlung, die von im Saal verteilten Organisationsbewerben wurde. Jedoch auch die Arbeiterschaft hatte ihren proletarischen Selbstbewußtsein aufgebracht. Gemalte Reden und Beschwörungen für die Verherrlichung und Beamtung der Partei, die Teilnahme an der Versammlung aus der Mitte der Zuhörer zu wählen, 2. der kommunistischen Partei ein Korreferat von Eder-

schüler Zellbauer, wie das des Redners zu gestalten. Nachdem über diese Anträge das „Für“ und „Wider“ erwogen wurde, entschlossen wir uns, von dieser Vergewaltigung der deutschproletarischen Arbeiterschaft. Ein aus Berlin importierter „Berr“ Fabrikarbeiter Kersten erhielt das Wort.

Der Referent kennzeichnete in scharfer Kritik die Sünden der SPD, und des Parlamentarismus, predigte die Ausräucherung der Schwarzhäute, verlangt, daß der Reichspräsident zur Verantwortung gezogen und die Juden aus Deutschland ausgewiesen werden. Im großen und ganzen beruft er sich, den Kommunisten anzubieten, um die Sympathien für sich zu erobern. Bezeichnend für diese Geste ist, daß er in seinem Referat die Helden des Münchener Prozesses als Märtyrer der deutschproletarischen Bewegung hinstellte und Röhner als ein Vorbild für die deutsche Arbeiterschaft hinstellte, um den sich alle freibeitlich Gefinnenden sammeln müßten. Aber der Referent rechnete nicht mit den Erfahrungen der oberösterreichischen

Achtung! Genossen! Achtung! Referentent Konferenz

Die für Sonntag, den 23. März einberufene Konferenz findet nicht statt. Bezirkswahlkomitee.

Arbeiterschaft, die dieselbe mit diesen Herrschaften schon öfters gemacht hatte und so verließ sein Appell an das Nationalgefühl der oberösterreichischen Arbeiterschaft im Sande.

In der Diskussion, in der mehrere unserer Genossen sprachen, wurde der ganze Widsinn, den der Berliner böllische Zeitkammer vor oberösterreichischer Arbeiterschaft bezog, unter ungeheurem Beifall der Arbeiterschaft richtiggestellt. Zweimal erhob sich die Versammlung auf Aufforderung unserer Diskussionsredner zur Ehrengleichung und Demut. Wie groß die Dummheit dieser Leute ist, beweist die Antwort des Versammlungsleiters, auf die Frage, was er von Röhner und R. Ederburgs halte, die lautete, dieselben wären internationale Juden, worauf sich ein großer Entrüstungssturm erhob, und der Besonnenheit unserer Genossen war es zu verdanken, daß diesem Halunken kein Haar gekrümmt wurde. Im weiteren Verlauf der Diskussion wurde das Verhalten der Oberländer, die sich im Referat als die Schützen des Wahlstundengesetzes priesen, während des letzten großen Streiks, ins rechte Licht gerückt, wo sie auf einigen Gruben die Bewachung der Direktoren u. a. auf Graf. Johannaschacht übernommen und dafür mit einer Extragrattifikation belohnt wurden. Als einer unserer Diskussionsredner von einigen Halentzenglern durch Zwischenrufe unterbrochen wurde und man sie darauf aufmerksam machte, daß gegen sie der proletarische Selbsthieb in Anwendung gebracht wird, verstummten diese Geister.

Heiterkeit verursachte die Ausführungen des Genossen Mosien, der mit der Hand auf eine Halentzengerin weisend, sie als das Symbol bezeichnete, mit dem man in Indien Schafe, Kühe und Ochsen zeichnete, und mit dem jetzt in Deutschland die Kapitalisten die Schafe und Rinderherden der Hitler und Ederburgs kennzeichnen.

Jedenfalls war die Rolle, welche die prominenten Vertreter der SPD, insbesondere der Vorsitzende des Bergarbeiterverbandes, Mühsalt, spielte, der nach Andeutungen einige Tage vor der Versammlung, zu verstehen gab, daß er nicht komme, daß es dort nach Gummistückeln und blauen Bohnen der Oberländer, Halentzenger und Landeschützen riecht. Und wo es nach Schlägen riecht, fürchten sich diese Herren in die Doffentlichkeit zu treten und überlassen das Feld den Kommunisten, um desto müßiger dort zu stehen, wo den Kommunistenführern der Zutritt zum Saal verboten ist. (Rafino, Ederburg, Jochenhaus, Johannaschacht.)

Und ich glaube, ich sah eine Träne in den Augenlidern des Sozialdemokraten Höfle zerrinnen, als er als geheimer oder offener Diskussionsredner, (nachdem schon nichts mehr zu besprechen war), ohne die Angriffe der „Deutschproletarischen“ auf seine Partei abzuwehren, die Erklärung abgab, daß es ihn namenlos freue, daß die Halentzenger ein solches Fiasko erlitten haben und der Arbeiterschaft insz wählen solle. Und so endete die Diskussion. Als der Referent das Schlusswort halten wollte, verzicht die Arbeiterschaft unter Abzinken der Internationalen den Saal, den Referenten und einige bayrische Bauernköpfe zurücklassend. Die Versammlung, die von 5-600 Personen besucht war, bedeutete einen schönen Erfolg für die Proleter Kommunisten. Immer so weiter und Knüttel-Kunze zieht aus O.S. so ab, wie er gekommen ist.

Nieder-Hermsdorf, 14 Opfer der Ausbeutung. Schnell, viel und gut hat der Prolet zu arbeiten - so lautet das Prinzip der Ausbeuter. Ob dabei Knochen gebrochen werden, und die Proleten um ihr Leben kommen, kümmert niemanden, denn an Stelle jedes auf dem Arbeitsfelde Gefallenen tritt sofort ein anderer aus dem Heer der Arbeitslosen. Daß dem so ist, beweist erneut die vierzehn Opfer auf der Glückwünsch-Friedenshoffnungs-Grube.

Alle, erprobte Maschinewärter werden entlassen, unter

Der heutigen Nummer unserer Ausgabe liegt Sichel und Hammer bei,

die wir wegen der Beschlagnahme unserer Räume unseren Lesern noch nicht zufließen konnten. Wir liefern deshalb heute nach, da diese Beilage an ihrer Aktualität nichts eingebüßt hat.

Androhung von Strafen mußten die neu-angelehrten ebenfalls schnell hinauf und hinab die Menschen am Galle im Schächel ziehen, wie die früheren. Und so geschah es, daß vorigen Sonnabend der Korb mit 22 Mann Befragung derart schwer verabsahm, daß vierzehn Kameraden sich sofort in ärztliche Behandlung begeben mußten.

Notales.

Erwerbslosenversammlung in Breslau.

Im Zentralballsaal, Westendstraße, versammelten sich am Dienstag die erwerbslosen Männer, um zum ersten Male nach der verfloffenen Unterdrückungsperiode zu allen brennenden Fragen der Erwerbslosen Stellung zu nehmen. Saal wie Galerie waren dicht gefüllt. Der Referent, Genosse Schorkstein, vom Erwerbslosenrat, streifte kurz die Geschehnisse der letzten Zeit und zeigte, auf welcher Stufe heute die Arbeiterschaft und die Arbeitslosen angelangt sind. Als Weg zur Besserung erhob er die Forderung nach Arbeit, sofortige Erhöhung der kümmerlichen Unterstützung, Abschaffung der Pflichtarbeit und bei Notstandsarbeit tarifliche Entlohnung. Die ausgiebige, aber sachlich geführte Diskussion erhob ebenfalls mit aller Schärfe die Forderung nach Arbeit mit richtiger Entlohnung sowie sofortige Erhöhung der jetzigen Unterstützungen. Als Vertreter der kommunistischen Partei ging Genosse Graf etwas näher auf die Probleme der Arbeitslosigkeit ein. Er wies nach, daß diese Frage immer mehr zur Kardinalfrage der gesamten Arbeiterschaft wird. Unter Nichtbilligung einiger vorgebrachten Schiefheiten zur Gewerkschafts- wie Parlamentsfrage unterstrich er ebenfalls die Forderung nach richtiger Arbeit usw. und betonte besonders die Notwendigkeit des Hand-in-Hand-Arbeitens der Erwerbslosen mit dem in Betrieb stehenden Klassengenossen. In einem kurzen Schlusswort dankte der Referent, daß der Erwerbslosenrat die eingebrachten Anträge den zuständigen Stellen mit dem verlangten Nachdruck pflichtgemäß übermittelt wird und alle Vorbereitungen zu einer größeren Erwerbslosenversammlung in Kürze treffen wird. Zusammenhängend ist zu sagen, daß die Versammlung auf einem erfreulichen Niveau stand und berechtigte Hoffnung auf ein gesundes Wiedererstarren der Arbeiterschaft aufkommen läßt. Ebenso erfreulich war, daß die Versammlung den früheren Erwerbslosenrat Kamisch einmütig abschüttelte und ihn glattweg (hoffentlich für immer) abwies. Sch.

Ufa- und Z-Filmbieler: Die Rabelungen! 1. Teil Siegfried.

Sicher ein Fortschritt im Gegenlag des sonstig Geblöhen. Die Einführung in die deutsche Sagenwelt ist nicht am Versuch hängen geblieben, der Versuch ist gelungen. Eine gründlichere Behandlung des Stoffes, z. B. bei der Einleitung, würde ohne Zweifel nicht von Schaden sein. Empfindet doch der Kenner der Siegfriedsage es als einen schweren Mangel, daß der Film mit dem Schmieden des Schwertes beginnt. Die Ursache, die zum Werden des Siegfriedschwertes führte, fehlt, so daß jene Unmüßigkeit Siegfrieds nicht rechtig genug zum Ausdruck kommt. Man hätte sehr gut andere, auf die Sentimentalität der Zuschauer berechnete Szenen beizubringen können. Hier hat die Behandlung des Stoffes gelitten auf Kosten seines Wertes. Warum muß Margarete Schön als Kriemhild so die Sentimentalität hervortreiben? Sowie die Mängel. Gut ist die Photographie, ersichtlich die wieder-gegebenen Bilder von Worms, der Drachenschlucht usw. Deradezu erstaunlich ist der Drache. Man denkt sich zurückverlegt in die Zeit der Saurier und anderer vorzeitlicher Riesen. Der Kampf Siegfried mit dem Drachen, die Bestimmung Alberich, die Wirkung der Tarnlappe sind sehr gut und wirkungsvoll zum Ausdruck gebracht.

Trunzhilde ist meisterhaft gezeichnet. Der Zug Gunthers, Trunzhilde im Kampfspiel zu besiegen, durch den flammenden See, sind meisterhaft gelungen. Die Bestimmung Trunzhildes, der Auszug zur Jagd, auf der Siegfried von Hagen mit dem Speer an der Siegfriedsquelle ermordet wird, sind Szenen, von mächtiger Wirkung.

Bei fast allen Bildern hat man das Gefühl, das alte Sagenpiel zu erleben, an der Stätte der Vergangenheit zu stehen.

Aber eins! Warum zu Beginn des Spieles der Schriftsag: „Dem deutschen Volke zu eigen“? Warum die so sehr starke Betonung „des Dolchstoßes“ Hagens? Will man etwa deutschproletarische Propaganda treiben? Wir glauben, daß die Fülle und die Qualität des Stoffes so etwas erstens nicht nötig hat und zweitens nicht vertragen kann.

Die Wahl des Stoffes zeigt uns, wie das Kino wirken kann. Ein typisches Zeichen der Zeit ist natürlich auch, daß während in den Vorstadtkinos der Kitz über die Leinwand rollt, die Bourgeoisie in den besten Filmkassalen das Vorrecht vor dem Proletariat hat. Die Bildungsmittel befinden sich heute in den Händen der Bourgeoisie, die sie als Machtmittel gegen das Proletariat anwendet. Sei es durch Beeinflussung oder Bestimmung. Darum erst das hegische Proletariat wird das das Kino zu einem wirklichen Aufklärungs- und Bildungsmittel machen können, wenn es dann ein Machtmittel des Proletariats ist.

Verantwortlich für den gesamten Text: Max Gieseler, Breslau, Inzerate: Max Gieseler, Breslau. - Druck und Verlag: Produktiv-Genossenschaft für die Provinz Schlesien e. G. m. b. H., Breslau, Trebützer Straße 50.

Arbeiter! Wählt kommunistische Betriebsräte!

Berichtungs-Kalender.
Breslau, Sonntag, 19. März, abends 7 Uhr, Mitglieder-Versammlung in den „Sambriansälen“ (Wege) Lange Gasse 50. Tagesordnung: 1. Bericht über die Tätigkeit der Betriebsräte. 2. Bericht über die Tätigkeit der Gewerkschaften. 3. Bericht über die Tätigkeit der Kommunisten. 4. Bericht über die Tätigkeit der Sozialdemokraten. 5. Bericht über die Tätigkeit der Ultramontanen. 6. Bericht über die Tätigkeit der Demokraten. 7. Bericht über die Tätigkeit der Nationaldemokraten. 8. Bericht über die Tätigkeit der Sozialisten. 9. Bericht über die Tätigkeit der Sozialisten. 10. Bericht über die Tätigkeit der Sozialisten.

Walter Krebs
Schuhmacher-Bedarfsartikel
Großhandlung
Breslau 5, Grabschener Straße 85
Tel. 50393

Presto-, Mars-, u. Corona-Fahrräder
H. Schubert
Grabschenerstraße 58
Ede Pretzstr. 613

Beachtet
bei allen Einkäufen immer nur unsere Inzerenten!

Wer tauscht Singer-Nähmaschine gegen Herren-Fahrrad?
Hilberstr. 28

Wiederlich
jeden Preis für **Maier-7,63**
Prismen-Gläser
Photo-Apparate
G. Nolda
Hilberstr. 28

Wohnungstausch
Tausche sonniges 2-stufiges Zimmer mit Kochgelegenheit und Gas gegen etwas größeres **Deliga**
Gartenstr. 89

Wohnungstausch
Als - Breslau
2 Zimmer und Küche. Näheres durch **H. Müller, Breslau 23,**
Herbstraße 92, III.

Mittwoch, den 19. März, abends 7 Uhr
Mitglieder-Versammlung
in den „Sambriansälen“ (Wege) Lange Gasse.
Mitgliedsbücher sind zur Kontrolle mitzubringen.

Zeitungs-Musträger
für Scheitnis und Odertor gesucht.
Erbedition „Schlei. Arbeiter-Zeitung“